

Arbeitsplan der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Hartz IV für 2019

Die **Besprechungen des erweiterten Sprecherrates** - dazu gehören das Mitglied des Landesrates, die Delegierten zum Landesparteitag, die/der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Kosten der Unterkunft (KdU) , die Delegierten zur Bundesdelegiertenversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft Hartz IV und weitere im Interesse der LAG besonders aktive Mitglieder – werden in Form von dezentralen Sitzungen in den bereits gebildeten oder noch zu bildenden Regionalgruppen mit Verständigung über Mail, Telefon oder SMS demokratisch koordiniert.

Durchführung einer **Mitgliederversammlung** im ersten Quartal 2019 zwecks Wahl der Delegierten für die BAG Hartz IV. Eine reguläre Mitgliederversammlung (MV) der LAG Hartz IV wird im 4. Quartal 2019 stattfinden.

Das im **Landesrat** vertretene Mitglied der LAG Hartz IV wird darauf achten, dass unsere Positionen in der Arbeitsplanung und in den Beschlüssen des Landesrates entsprechend der Kernaufgabe der LINKEN - Sorge für höchstmögliche soziale Gerechtigkeit - ausreichende Beachtung finden. Über relevante Diskussionen und Beschlüsse ist der Sprecherrat zu informieren.

Die **Zusammenarbeit mit der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik** zur gegenseitigen Unterstützung, wird weiter ausgebaut. Dazu gehören gemeinsame Maßnahmen, Aktionen und die Hilfe bei Beratung, Klagen und Protesten.

Zur Problematik der **KdU-Angemessenheitsermittlung** ist eine Konzeption zu entwickeln. (s.Anlage, Ergänzungen zum Arbeitsplan 2019)

Die **Liste der Beratungsstellen** für Harz IV- und Sozialberatung mit Kontaktdaten ist fertigzustellen, um sie auf der Homepage veröffentlichen zu können.

Für die bessere **Vernetzung der Berater** für Hartz IV-Betroffene untereinander und für Kontaktmöglichkeiten mit anderen Sozialberatungsstellen bzw. Beratungsmöglichkeiten zum Wissens- und Erfahrungsaustausch ist zu sorgen.

Die **Beratungen für Hartz IV- und Sozialhilfeempfänger** entsprechend dem Rechtsdienstleistungsgesetz (RDG) im Vogtland wird weiter fortgeführt. Wenn die Finanzierung gesichert werden kann, ist Wolfgang eine Teilnahme an einer Weiterbildung (für Fortgeschrittene) von Harald Thomé zu ermöglichen, allen anderen Interessenten für den Grundlehrgang.

Die Arbeit der **Regionalgruppe Vogtland** konzentriert sich auf die Fortführung von Infoveranstaltungen in Auerbach (Vogtland) für interessierte Bürger zu sozialen Themen.

Das monatliche **Erwerbslosenfrühstück** in Zwönitz mit anschließendem Services für Transferleistungsbetroffene wird weitergeführt.

Die Organisation der **Entwicklung eines Flyers** der LAG Hartz IV und die **Herausgabe**

einer Broschüre zu den Aufgaben der Partei DIE LINKE bei der Angemessenheitsentwicklung der KdU sind geplant.

Die Arbeit an der **Homepage** der LAG wird fortgesetzt. Neue Beiträge sollten mindestens einmal monatlich erscheinen.

Die Moderation der **Mailingliste** bleibt weiter bestehen. Die Mailingliste wird weiter administriert. Eintragung, Austragung und Änderung von Mailadressen und Berechtigungen der Mitglieder erfolgen zeitnah durch ein Mitglied des Sprecherrates.

Die **Aktionen vor Jobcentern** werden im nächsten Jahr fortgesetzt. Erfahrungen aus den beiden letzten Jahren müssen gut genutzt werden.

Ehemalige Mitglieder, die ihre Mitgliedschaft nicht bestätigt haben, sollten persönlich per Mail oder Brief kontaktiert und gebeten werden, ihre Mitgliedschaft fortzusetzen.

Alle sind angehalten, weitere **Mitglieder für die LAG** zu werben, insbesondere Parteimitglieder, um die geforderten Bedingungen für eine „anerkannte“ LAG langfristig zu erhalten.

Beschlossen auf der 16. Mitgliederversammlung der LAG Hartz IV Sachsen

Chemnitz, den 20.10.2018

Ergänzungen zum Arbeitsplan 2019:

Zur Durchsetzung zumindest rechtskonformer KdU-Angemessenheitswerte sollte in der ALG Hartz IV, möglichst im Sprecherrat der ALG ein Mitglied (besser noch: mehrere Mitglieder) geworben werden, die sich für die Organisation unten genannter Maßnahmen verantwortlich fühlen:

- Grundposition muss sein: KdU sind wesentlicher Teil des ALG II (also des Existenzminimums), Vertreter der LINKEN insbesondere in den Entscheidungsgremien (Kreistage, Räte kreisfreier Städte) dürfen **nicht dulden**, dass sie **rechtswidrig kleingerechnet** werden!
- Dazu sind zumindest drei Forderungen zu erfüllen:
 - durchsetzen, dass das für die Kontrolle nötige Material ausreicht (insbesondere der **Methodenbericht**) bzw. zur Einsicht freigegeben wird (**die Quelldatei**),
 - das Material mit Hilfe sachkundiger Bürger **kritisch analysieren** und **Korrekturen fordern**,
 - Vertreter von Wohnungsunternehmen, Mieterverein, Sozialverbänden in die Diskussion einbeziehen und insbesondere über die Medien **öffentlicher Druck** organisieren,
- in der Landtagsfraktion und den Fraktionen der Kreisverbände sowie der Stadtverbände kreisfreier Städte sollten dazu funktionierende und **verlässliche Strukturen** aufgebaut werden,
- die Leitungsgremien auf Bund- und Länderebene sollten Sorge tragen, dass die für die Entscheidungen zuständigen Mitglieder der Kreistage/Stadträte kreisfreier Städte die nötige **Qualifizierung und Hilfe** erhalten.
- Die LAG Hartz IV Sachsen sollte sich außerdem kritisch an der Erarbeitung des **10. Gesetzes zur Änderung des SGB II** beteiligen.